

Stand: 18.06.2026 21:19:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8977

"Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) - Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8977 vom 24.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9690 des LA vom 03.12.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9879 vom 05.02.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

### **Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene (im Bundesrat) und in der EU (über die bayerische Vertretung in Brüssel) energisch für die vollständige Abschaffung der EU-Verordnung (EU) 2023/1115 zur Verhinderung der Entwaldung (EUDR) einzusetzen.
2. einen detaillierten Bericht über die negativen Auswirkungen der EUDR auf die bayerische Forstwirtschaft vorzulegen, einschließlich Schätzungen zu Kostensteigerungen, Arbeitsplatzverlusten und bürokratischen Belastungen, und diesen Bericht als Grundlage für eine eventuelle Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu nutzen,
3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass nationale Kompetenzen in der Forstwirtschaft respektiert und Ausnahmeregelungen für nachhaltig bewirtschaftete Regionen wie Bayern eingeführt werden.

Sollte die Abschaffung nicht erfolgen, wird die Staatsregierung aufgefordert, unilaterale Maßnahmen zu ergreifen, z. B. Subventionen für betroffene Forstbetriebe und eine Nichtumsetzungskampagne.

### **Begründung:**

Die EUDR, die ab dem 30. Dezember 2024 wirksam werden soll, ist ein Frontalangriff auf die Souveränität Bayerns und eine existenzielle Bedrohung für unsere Forstwirtschaft. Diese Verordnung, getrieben von grüner Ideologie und Brüsseler Bürokraten, ignoriert die jahrhundertealte Tradition nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und belastet die Waldbauern mit unsinnigen Auflagen. Es wird ihre vollständige Abschaffung gefordert, um die bayerische Wirtschaft zu schützen und die EU an ihre Grenzen zu erinnern. Statt globaler Rettungsfantasien braucht es pragmatische Politik für Bayern – weniger Regulierung, mehr Freiheit für Landwirte und Forstbetriebe.

Bayerns Wälder umfassen über 2,5 Millionen Hektar und sind ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft: Die Forst- und Holzindustrie erwirtschaftet jährlich rund 20 Mrd. Euro und sichert mehr als 100 000 Arbeitsplätze, vor allem in ländlichen Regionen wie dem Bayerischen Wald oder der Oberpfalz. Die EUDR verlangt von Unternehmen, die Holz, Papier, Leder oder verwandte Produkte handeln, umfangreiche Nachweise über „entwaldungsfreie“ Lieferketten – inklusive Geodaten, Risikoanalysen und Zertifizierungen. Für kleine und mittelständische Betriebe bedeutet das eine Kostenexplosion: Der Bayerische Bauernverband schätzt Mehrausgaben von bis zu 30 Prozent pro Betrieb (siehe Appell vom 6. November 2025), was zu Insolvenzen und Jobverlusten führen könnte. In Zeiten von Borkenkäferplagen, Stürmen und Klimawandel-Adaptation (wie

im Bayerischen Waldgesetz – BayWaldG – vorgesehen) ist dies ein Schlag ins Gesicht der Waldbauern. Statt zu helfen, zerstört die EU-Wettbewerbsfähigkeit: Während bayerisches Holz streng reguliert wird, fließen Importe aus Ländern mit intensiver Entwaldung ungehindert ein.

Die EUDR verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU-Verträge (Art. 5 EUV), da Forstwirtschaft eine nationale Kompetenz ist. Bayern hat mit dem BayWaldG (Art. 1: Erhaltung und Pflege des Waldes) und den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bereits ein vorbildliches System der Nachhaltigkeit – zertifiziert nach PEFC (PEFC = Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC-Standards (FSC = Forest Stewardship Council®). Warum sollte Brüssel vorschreiben, was seit Generationen richtig gemacht wird? Der jüngste Vorschlag der EU-Kommission zur Verschiebung der Verordnung (Oktober 2025) ist ein fauler Kompromiss und löst die Kernprobleme nicht, wie auch der Bayerische Bauernverband kritisiert. Die Staatsregierung hat versäumt, sich frühzeitig zu wehren – stattdessen wurde sowohl in Berlin als auch in Brüssel nachgegeben, während unsere Wirtschaft leidet. Vergleichbare EU-Exzesse, wie die CO<sub>2</sub>-Steuer oder der Green Deal, haben bereits zu Deindustrialisierung geführt; die EUDR setzt diesen Irrweg fort.

Hinter der EUDR steckt kein echter Umweltschutz, sondern grüne Ideologie: Sie bestraft verantwortungsvolle Länder wie Deutschland, während globale Entwaldung in Asien und Südamerika toleriert wird. Wir setzen uns für einen bayerischen Weg ein: Abschaffung der Verordnung und stattdessen Stärkung lokaler Initiativen, wie Subventionen für digitale Nachweissysteme oder nationale Zertifizierungen. Die Staatsregierung soll im Bundesrat als wirtschaftlich stärkstes Bundesland Druck ausüben und ggf. vor dem EuGH klagen – ähnlich wie bei früheren Streitigkeiten um EU-Umweltregeln. Ohne Abschaffung droht eine Abwanderung von Betrieben und eine Schwächung der ländlichen Strukturen, die Bayerns Identität prägen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/8977

**Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) - Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Ralf Stadler**  
Mitberichterstatterin: **Ulrike Müller**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 3. Dezember 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Petra Högl**  
Stellvertretende Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8977, 19/9690

**Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Europaangelegenheiten

#### 1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
 EU-Justizbarometer 2025  
 COM(2025) 375 final  
 BR-Drs. 578/25  
 Drs. 19/8684, 19/9840

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/9840 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
 Eignungsprüfung der Digitalvorschriften –  
 Überprüfung der kumulativen Auswirkungen der EU-Digitalvorschriften  
 19.11.2025 - 11.03.2026  
 Drs. 19/9194, 19/9839

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf  
 Drs. 19/9839 veröffentlicht Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,  
 Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
 Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben!  
 Demokratie am Arbeitsplatz stärken!  
 Drs. 19/8501, 19/9685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,  
 Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
 Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen  
 Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!  
 Drs. 19/8673, 19/9713 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

5. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Biotechnologie-Regulierung modernisieren – Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern  
Drs. 19/8720, 19/9710 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

6. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Verschärfter EU-Klimaschutz darf nicht zulasten der Bauern gehen: Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor steigenden Düngemittelpreisen und übermäßigen Düngeauflagen!  
Drs. 19/8795, 19/9686 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Petra Högl u.a. CSU  
Verbandsklagerecht reformieren, Betroffenheiten regionalisieren!  
Drs. 19/8800, 19/9810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung  
Drs. 19/8812, 19/9687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Austauschnetz zum Monitoring und Management der Asiatischen Hornisse (*Vespa velutina*)  
Drs. 19/8883, 19/9688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD  
Anhörung zu den Auswirkungen der Entwaldungsverordnung auf die bayerische Forstwirtschaft  
Drs. 19/8974, 19/9689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft  
Drs. 19/8977, 19/9690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Der Fußball ist sicher – Schluss mit Populismus,  
Ja zu Fankultur und Fanprojekten  
Drs. 19/9052, 19/9797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>